

PERSONALZUSATZKOSTEN IN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Die Personalzusatzkosten im deutschen Produzierenden Gewerbe stiegen im Jahr 2003 je Arbeitnehmer und Jahr auf 21.270 Euro und erreichten damit 77,1 Prozent des Direktentgelts. In Ostdeutschland lagen sie mit 13.480 Euro um 40 Prozent unter dem westdeutschen Niveau von 22.350 Euro. Mit nunmehr 66,9 Prozent liegt die ostdeutsche Personalzusatzkostenquote wegen der dort geringeren Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und deutlich niedrigerer Sonderzahlungen nach wie vor deutlich unter der westdeutschen Quote von 78,2 Prozent. Im deutschen Dienstleistungsgewerbe weisen die Zusatzkosten enorme Unterschiede auf: von 13.710 Euro im Einzelhandel bis zu 33.930 Euro im Versicherungsgewerbe. Im Jahr 2003 wirkten vor allem die gestiegenen Beiträge zur Sozialversicherung und die drastisch erhöhten Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten- und Arbeitslosenversicherung kostentreibend.

iw-trends

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln berechnet alljährlich auf Grundlage der amtlichen Statistik die Personalzusatzkosten für Deutschland. Bis 1984 hat das Statistische Bundesamt die Arbeitskosten im dreijährigen Rhythmus erhoben, seitdem geschieht dies nur alle vier Jahre. Die jetzt vorliegende amtliche Erhebung deckt die Entwicklung bis zum Jahr 2000 ab (Statistisches Bundesamt, 2003a; 2003b). In der folgenden Dokumentation werden die amtlichen Ergebnisse bis zum Jahr 2003 fortgeschrieben. Hierzu werden zahlreiche Hilfsstatistiken genutzt, unter anderem die laufenden Verdiensterhebungen, die Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung, die jährliche Auswertung der Tarifverträge durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie die Krankenstandsstatistiken. Ergänzend werden amtliche Statistiken über die Zahl der Be-

Datenlage

schäftigten und Auszubildenden sowie über die Zugänge an Arbeitslosen aus Erwerbstätigkeit und Informationen über den Weiterbildungsaufwand der Unternehmen genutzt. Informationen über die Personalzusatzkosten aus einzelnen Verbänden und Betrieben werden ebenfalls ausgewertet.

Gliederungskonzept

Die gesamten Arbeitskosten werden in der amtlichen Statistik in das Entgelt für geleistete Arbeit (Direktentgelt) und in die Personalzusatzkosten (amtlich: Personalnebenkosten) aufgeteilt. Die Personalzusatzkostenquote setzt die Personalzusatzkosten zum Direktentgelt in Beziehung. In der rechnerischen Größe "Entgelt für geleistete Arbeit" wird lediglich die Zeit berücksichtigt, die der Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz tätig ist. Bei den Arbeitern ergibt sich das Entgelt für geleistete Arbeit durch Multiplikation der geleisteten Arbeitsstunden mit dem Bruttostundenlohn. Bei den Angestellten werden vom Bruttojahresverdienst die Sonderzahlungen (Gratifikationen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen) und das Entgelt für arbeitsfreie Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage usw.) abgezogen. Der verbleibende Betrag gilt als Entgelt für geleistete Arbeit. Die Aufteilung der Arbeitskosten in Direktentgelt und Personalzusatzkosten hat vor allem eine kalkulatorische Zielsetzung. Denn die Personalzusatzkostenquote lässt sich als Zuschlagssatz auf den Stundenlohn verwenden, um die gesamten Arbeitskosten für eine tatsächlich geleistete Arbeitsstunde zu ermitteln.

Übersicht

Struktur der Arbeitskosten

Entgelt für geleistete Arbeit (Direktentgelt)	
+ Entgelt für arbeitsfreie Tage	(1)
+ Sonderzahlungen	(2)
= Bruttolohn/-gehalt	
+ Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	(3)
+ Sonstige Personalzusatzkosten	(4)
= Arbeitskosten insgesamt	



Die Übersicht zeigt das Konstruktionsschema der amtlichen Arbeitskostenstatistik mit seinen vier Positionen: Dabei sind die Entgelte für arbeitsfreie Tage (1) und die Sonderzahlungen (2) Bestandteile der Bruttolöhne und -gehälter. So ergibt sich auf Monatsbasis der Monatsverdienst als Summe aus

Direktentgelt und der Position (1). Addiert man zu dem in einem Jahr erworbenen Direktentgelt die Positionen (1) und (2), erhält man dagegen den Jahresverdienst. Die hier ermittelten Personalzusatzkostenquoten dürfen deshalb nicht auf den Jahresverdienst aufgeschlagen werden. Die Positionen (3) und (4) bilden die Differenz zwischen Bruttolöhnen und -gehältern sowie den gesamten Arbeitskosten. Im Jahr 2000 machten die Positionen (1) und (2) im Produzierenden Gewerbe Westdeutschlands 37 Prozent des Direktentgelts aus. Sie waren damit fast so bedeutsam wie die beiden Zusatzkosten-Rubriken (3) und (4) mit gut 40 Prozent.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln folgt auch bei seiner Darstellung der Personalzusatzkosten dieser Struktur. Sie bietet zum einen den Vorteil, dass sich Zuschlagsfaktoren nicht nur auf den Stundenlohn, sondern auch auf den Monats- und Jahresverdienst berechnen lassen. Dies kann etwa bei Betrachtung der Sozialversicherungsbeiträge sinnvoll sein. Denn die gesetzlichen Beitragssätze beziehen sich nicht auf das Direktentgelt, sondern auf den gesamten Bruttoverdienst. Nimmt beispielsweise die Bedeutung der Positionen (1) und (2) stark zu – steigen also die Bruttolöhne und -gehälter schneller als das Direktentgelt –, dann erhöht sich die Zusatzkostenquote für die Sozialversicherungsbeiträge in der Position Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (3) auch, wenn die Beitragssätze konstant bleiben.

Wie in den vergangenen Jahren wird mit einer – gegenüber der jeweils letzten amtlichen Erhebung – konstanten Zahl von Feiertagen gerechnet. Dies geschieht, um den Trend der Personalzusatzkosten nicht durch zufällige Kalendereinflüsse zu verzerren. Denn variable Feiertage können die Personalzusatzkosten erheblich beeinflussen. So gibt es im Jahr 2004 in Deutschland 4,7 potenzielle Arbeitstage mehr als im Jahr 2003. Ohne Ausschaltung des Kalendereffekts würde dies die Zusatzkostenquote der Industrie in diesem Jahr um 3 Prozentpunkte drücken.

Grundlage der aktuellen Berechnungen sind die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung für das Jahr 2000. Diese Erhebung unterscheidet sich jedoch von den vorhergehenden Erhebungen in verschiedener Hinsicht:

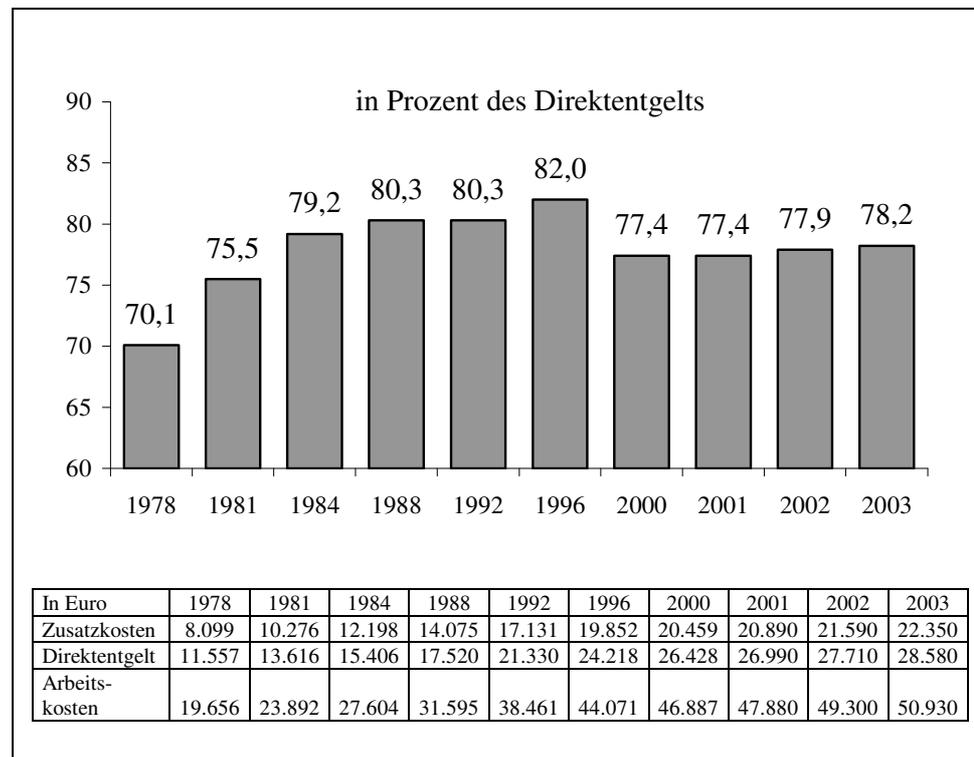
*Erhebungs-
änderungen*

- Einbezogen wurden erstmals geringfügig oder kurzfristig Beschäftigte sowie Heimarbeiter, allerdings umgerechnet in Vollzeitäquivalente.

- Aufwendungen für auswärtige Beschäftigung (wie etwa Verpflegungszuschüsse) werden nicht mehr erhoben, da das Statistische Amt der Europäischen Kommission (Eurostat) diese Kosten als überwiegend betriebsbedingt ansieht.
- Die frühere Position „sonstige direkte Zuwendungen“, die die Fahrtkostenzuschüsse, die vom Arbeitgeber übernommenen Steuern, die erstatteten Kontoführungsgebühren und anderes umfasste, ist in der Arbeitskostenerhebung nicht mehr eindeutig zugeordnet.

Abbildung 1

Personalzusatzkosten im Produzierenden Gewerbe Westdeutschlands - je Arbeitnehmer und Jahr -



Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten; umgerechnet in Vollzeiteinheiten. Ab 2000 unter Berücksichtigung der geringfügig Beschäftigten und Heimarbeiter sowie ohne Aufwendungen für auswärtige Beschäftigung, daher mit früheren Erhebungen nur bedingt vergleichbar. Bis 2000 amtliche Daten, ab 2001 Schätzungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Inwieweit diese Änderungen Einfluss auf die Zusatzkostenquote gehabt haben, lässt sich nicht genau ermitteln, zumal der Anteil der geringfügig Beschäftigten in der Arbeitskostenerhebung nicht erfragt wird. Auch Höhe und Struktur der Zusatzkosten von Teilzeitbeschäftigten sind nicht gesondert

ausgewiesen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Rückgang der Quote im Zeitraum 1996 bis 2000 im Produzierenden Gewerbe um 3,6 Prozentpunkte in Westdeutschland und um 2,2 Prozentpunkte in Ostdeutschland zu einem nennenswerten Teil erhebungstechnisch bedingt ist (Schröder, 2003).

Im Produzierenden Gewerbe Westdeutschlands lagen die Arbeitskosten im Jahr 2003 mit 50.930 Euro je Arbeitnehmer in Vollzeiteinheiten betrachtet erstmals über der Marke von 50.000 Euro. Auch die Personalzusatzkosten erreichten mit 22.350 Euro einen neuen Höchststand. Im Zeitraum 1978 bis 2003 stiegen sie mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 4,1 Prozent rascher als das Direktentgelt mit 3,7 Prozent. Die Personalzusatzkostenquote stieg in dieser Zeit um 8 Prozentpunkte an und erreichte zuletzt 78,2 Prozent (Abbildung 1). Dieser Zuwachs fiel aber fast vollständig in die Zeit Ende der siebziger Jahre und in die erste Hälfte der achtziger Jahre. Ab Mitte der achtziger Jahre stieg die Quote nur noch mäßig an und erreichte im Jahr 1996 mit 82 Prozent eine vorläufige Rekordhöhe. Im Jahr 2000 war die Personalzusatzkostenquote wieder niedriger, was allerdings auch mit den beschriebenen Änderungen in der Arbeitskostenerhebung erklärt werden kann. In den letzten beiden Jahren kam es wieder zu einem Anstieg der Zusatzkostenquote um insgesamt 0,8 Prozentpunkte.

*Westdeutsche
Industrie*

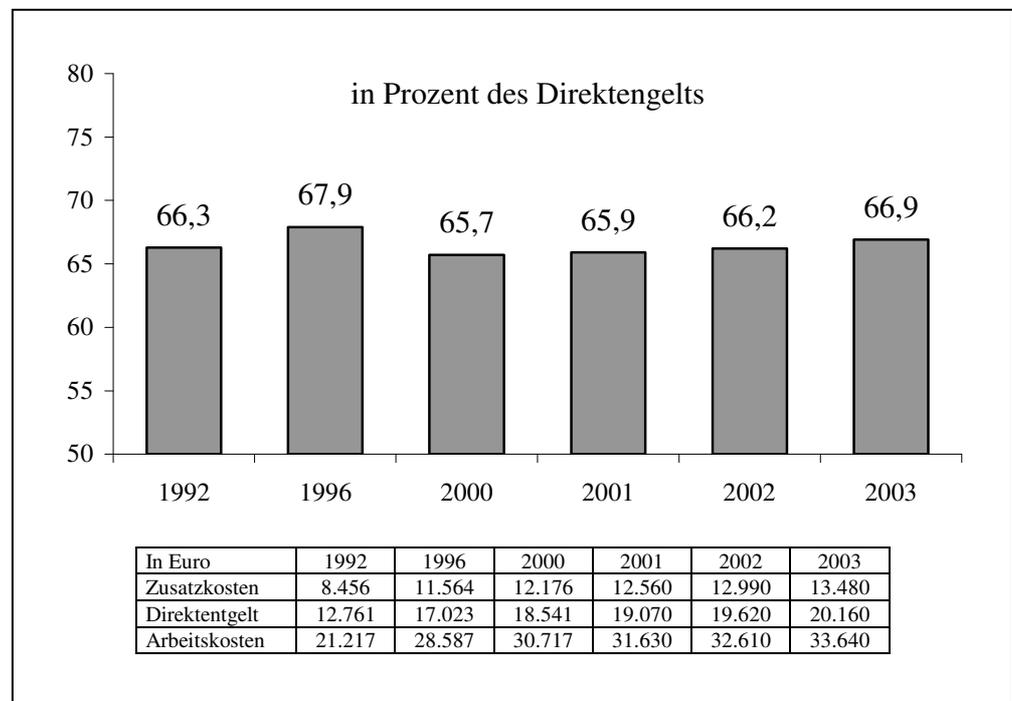
Im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands lagen die Arbeitskosten im Jahr 2003 mit 33.640 Euro pro Arbeitnehmer um 17.290 Euro unter dem westdeutschen Niveau (Abbildung 2). Der absolute Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland ist damit sogar geringfügig größer als 1992, allerdings bei einem insgesamt höheren Kostenniveau. Die relative Betrachtung macht jedoch den ostdeutschen Annäherungsprozess sichtbar. So betragen die Arbeitskosten in den neuen Bundesländern 1992 lediglich 55 Prozent des Westniveaus, im Jahr 2003 dagegen 66 Prozent. Dahinter steht die insgesamt deutlich höhere Arbeitskostendynamik Ostdeutschlands. Im Zeitraum 1992 bis 2003 stiegen dort die Arbeitskosten im Jahresdurchschnitt um 4,3 Prozent, im Westen nur um 2,6 Prozent. Die ostdeutsche Anstiegsdynamik hat sich allerdings im Laufe der neunziger Jahre deutlich abgeflacht. In den letzten beiden Jahren war die Anstiegsrate mit 3,2 Prozent im Jahr 2003 und 3,1 Prozent im Jahr 2002 in etwa so hoch wie im Westen, wo die Arbeitskosten 2003 um 3,3 Prozent und 2002 um 3,0 Prozent anstie-

*Ostdeutsche
Industrie*

gen. Ignoriert man den statistischen Bruch zwischen 1996 und 2000, dann ist die ostdeutsche Zusatzkostenquote seit 1992 nur um 0,6 Prozentpunkte auf 66,9 Prozent angestiegen. Der Abstand zur westdeutschen Zusatzkostenquote hat sich damit seit 1992 von 14,0 auf 11,3 Prozentpunkte verringert. Besonders bei der betrieblichen Altersvorsorge und bei den Sonderzahlungen gibt es noch große Unterschiede.

Abbildung 2

Personalzusatzkosten im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands - je Arbeitnehmer und Jahr -



Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten; umgerechnet in Vollzeitinheiten. Ab 2000 unter Berücksichtigung der geringfügig Beschäftigten und Heimarbeiter sowie ohne Aufwendungen für auswärtige Beschäftigung, daher mit früheren Erhebungen nur bedingt vergleichbar. Bis 2000 amtliche Daten, ab 2001 Schätzungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Die Werte für die gesamtdeutschen Arbeitskosten des Produzierenden Gewerbes lagen im Jahr 2003 mit 48.860 Euro je Arbeitnehmer (umgerechnet in Vollzeitinheiten) nur 4 Prozent unter dem westdeutschen Niveau. Die gesamtdeutsche Zusatzkostenquote war mit 77,1 Prozent lediglich 1,1 Prozentpunkte niedriger als die westdeutsche und entwickelte sich weitgehend parallel zu dieser. Diese recht geringen Unterschiede erklären sich dadurch, dass laut der aktuellen Arbeitskostenerhebung nur 13 Prozent der Arbeitnehmer dieses Wirtschaftssektors in den neuen Ländern beschäftigt sind.

Tabelle 1

Personalzusatzkosten im Produzierenden Gewerbe

- in Prozent des Direktentgelts -

	West			Ost			D		
	2000	2002	2003	2000	2002	2003	2000	2002	2003
Vergütung arbeitsfreier Tage	22,9	22,8	22,7	21,3	21,2	21,1	22,7	22,6	22,5
Urlaub	13,5	13,5	13,5	12,9	12,9	12,9	13,4	13,4	13,4
Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	4,0	3,9	3,8	3,9	3,8	3,7	4,0	3,9	3,8
Bezahlte Feiertage ¹⁾	5,4	5,4	5,4	4,5	4,5	4,5	5,3	5,3	5,3
Sonderzahlungen	14,0	13,9	13,7	7,4	7,5	7,6	13,4	13,3	13,1
Vermögensbildung	1,0	1,0	1,0	0,4	0,5	0,6	0,9	0,9	0,9
Zusätzliches Urlaubsgeld	4,1	4,1	4,1	2,1	2,1	2,1	3,9	3,9	3,9
Jahressonderzahlungen, erfolgs- und leistungsabhängige Sonderzahl. usw.	8,9	8,8	8,6	4,9	4,9	4,9	8,6	8,5	8,3
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber²⁾	27,4	27,6	28,1	27,8	28,1	28,6	27,5	27,7	28,2
Betriebliche Altersversorgung³⁾	7,1	7,4	7,5	2,2	2,4	2,6	6,6	6,9	7,0
Sonstige Personalzusatzkosten	6,0	6,2	6,2	7,0	7,0	7,0	6,1	6,3	6,3
Personalzusatzkosten	77,4	77,9	78,2	65,7	66,2	66,9	76,3	76,8	77,1
nachrichtlich: Jahresverdienst ⁴⁾	136,9	136,7	136,4	128,7	128,7	128,7	136,1	135,9	135,6

Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten; einschließlich geringfügig Beschäftigter und Heimarbeiter; umgerechnet in Vollzeiteneinheiten. Bis 2000 amtliche Daten, ab 2001 Schätzungen. 1) Aus methodischen Gründen wurde ab 2000 (letzte amtliche Erhebung) mit einer konstanten Zahl von Feiertagen gerechnet; einschließlich Vergütung sonstiger arbeitsfreier Zeit. 2) Einschließlich Unfallversicherung. 3) Einschließlich Aufstockungsbeträge zu Lohn und Gehalt sowie zur Rentenversicherung für Personen in Altersteilzeit; einschließlich Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen. 4) Summe aus Direktentgelt, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Komponenten

Im Jahr 2003 gab es im Vergleich zum Vorjahr bei den Einzelkomponenten sowohl im Westen wie im Osten einige Verschiebungen, die insgesamt zu einer Erhöhung der Zusatzkostenquote von 0,3 Prozentpunkten im westdeutschen Produzierenden Gewerbe und von 0,7 Prozentpunkten in Ostdeutschland geführt haben (Tabelle 1):

- Am stärksten fielen in West- und in Ostdeutschland die gestiegenen Beiträge zur Sozialversicherung ins Gewicht. Der durchschnittliche Beitragssatz zur Rentenversicherung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen erhöhte sich von 19,1 Prozent auf 19,5 Prozent. Der Durchschnittssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung stieg von 14,0 auf

14,3 Prozent an. Zudem wurde die Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung um über 13 Prozent angehoben. Umgerechnet auf die Zusatzkostenquote, ergibt sich daraus sowohl für West- als auch für Ostdeutschland insgesamt ein Anstieg von 0,5 Prozentpunkten.

- Die Sonderzahlungen sind in den alten Bundesländern um etwa 0,2 Prozentpunkte des Direktentgelts gesunken. In der Bauindustrie erlaubt der Tarifvertrag jetzt, die Zustimmung des Betriebsrats vorausgesetzt, das Weihnachtsgeld abweichend von der tariflichen Norm von 55 Prozent eines Monatsgehalts festzusetzen und gegebenenfalls bis auf 780 Euro abzusenken. Aus der Chemischen Industrie wird berichtet, dass im Jahr 2003 mehr Unternehmen als zuvor von der seit 2002 bestehenden Öffnungsklausel für das 13. Monatsgehalt Gebrauch machten und die Sonderzahlungen senkten. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der leistungs- und erfolgsabhängigen Sonderzahlungen haben zudem immer mehr Unternehmen die Möglichkeit, auf die schlechte konjunkturelle Lage mit einem Absenken der Bonuszahlungen zu reagieren. In den neuen Bundesländern dürften die Sonderzahlungen aufgrund ihrer hier weit geringeren Bedeutung und ihres trendmäßigen Anstiegs dagegen nicht zurückgegangen sein.
- Der gesunkene Krankenstand senkt die Kosten für die Entgeltfortzahlung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland um 0,1 Prozentpunkte.
- Bei den sonstigen Zusatzkosten dürften die Kosten für Aus- und Weiterbildung aufgrund der vor allem in Westdeutschland abnehmenden Zahl der Auszubildenden zurückgegangen sein. Dem steht hier allerdings auch die steigende Zahl der Entlassungen entgegen, die zu höheren Entlassungsentschädigungen führte. Insgesamt wird daher angenommen, dass sich die Quote der sonstigen Zusatzkosten nicht verändert hat.
- Die gestiegenen Aufwendungen zur betrieblichen Altersversorgung haben die Zusatzkostenquote in etwa um 0,1 Prozentpunkte in den alten und um 0,2 Prozentpunkte in den neuen Bundesländern steigen lassen. Hintergrund dieser Entwicklung ist in den alten Bundesländern nicht der stärkere Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge selbst, sondern die gestiegene Inanspruchnahme der Altersteilzeit. Für den Arbeitgeber fallen Kosten in Form der Aufstockungsbeträge zu Lohn und Gehalt sowie zur Rentenversicherung an. Nach aktuellen Erhebungen steigt zwar auch die Zahl der Arbeitnehmer mit einem Altersvorsorgevertrag deutlich an. Die

Neuverträge dürften jedoch überwiegend durch Entgeltumwandlung finanziert sein, wie die abnehmende Bedeutung der allein durch Arbeitgeber finanzierten Rentenverträge zeigt (Infratest Sozialforschung, 2003). In den neuen Bundesländern ist dagegen ein deutlicher Trend zu einem Ausbau der Altersvorsorge erkennbar.

Tabelle 2

Arbeitskosten im Dienstleistungssektor

- je Arbeitnehmer und Jahr, Deutschland -

	1996	2000 ¹⁾	2002	2003
Arbeitskosten in Euro²⁾				
Einzelhandel	30.969	31.772	33.690	34.670
Großhandel	39.009	39.662	41.920	43.010
Kreditgewerbe	51.549	56.693	61.450	63.160
Versicherungsgewerbe	54.712	61.292	65.440	67.130
Nachrichtlich: Produzierendes Gewerbe	41.794	44.807	47.300	48.860
darunter: Personalzusatzkosten				
Einzelhandel	12.729	12.491	13.300	13.710
Großhandel	15.937	15.741	16.680	17.160
Kreditgewerbe	26.159	28.938	31.330	32.170
Versicherungsgewerbe	27.652	30.931	33.030	33.930
Nachrichtlich: Produzierendes Gewerbe	18.634	19.393	20.550	21.270
Personalzusatzkosten in Prozent des Entgelts für geleistete Arbeit				
Einzelhandel ¹⁾	69,8	64,8	65,2	65,4
Großhandel	69,1	65,8	66,1	66,4
Kreditgewerbe	103,0	104,3	104,0	103,8
Versicherungsgewerbe	102,2	101,9	101,9	102,2
Nachrichtlich: Produzierendes Gewerbe	80,5	76,3	76,8	77,1

Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten; umgerechnet in Vollzeiteinheiten. Bis 2000 amtliche Daten, ab 2001 Schätzungen. 1) Ab 2000 unter Berücksichtigung der geringfügig Beschäftigten und Heimarbeiter sowie ohne Aufwendungen für auswärtige Beschäftigung, daher mit früheren Erhebungen nur bedingt vergleichbar. 2) Summe aus Direktentgelt und Personalzusatzkosten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Besonders bei der betrieblichen Altersversorgung ist die vorgenommene Fortschreibung der Ergebnisse der amtlichen Arbeitskostenerhebung mit größeren Unsicherheiten behaftet als früher. Einerseits ist durch die unsiche-

re Lage der gesetzlichen Rentenversicherung, die Riester-Förderung und die verbesserte Möglichkeit der Entgeltumwandlung die Nachfrage nach einer betrieblichen Altersvorsorge gestiegen. Andererseits fehlen zeitnahe Statistiken, mit denen die tatsächlichen Kosten für den Arbeitgeber genau abbildbar wären. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Aufstockung der betrieblichen Altersvorsorge überwiegend durch Entgeltumwandlung finanziert wird. Werden Sonderzahlungen umgewandelt, kommt es im Wesentlichen nur zu Verschiebungen in der Zusatzkostenstruktur. Zwar können hierbei auch Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber entfallen, jedoch bezuschusst der Arbeitgeber auch häufig die umgewandelten Beträge. Die zunehmende Flexibilisierung der Sonderzahlungen, zum Beispiel in der Chemischen Industrie und im Baugewerbe, und das stärker werdende Gewicht von leistungs- und ertragsabhängigen Bonuszahlungen erschweren zudem die Einschätzung der Kostenentwicklung bei den Sonderzahlungen. Überdies ist die Branchenabgrenzung in der Krankenstandsstatistik der Betriebskrankenkassen durch die Öffnung der Kassen für betriebsfremde Versicherte weniger trennscharf geworden.

*Dienstleistungs-
sektor*

Seit 1978 informiert das Statistische Bundesamt auch über Arbeitskosten im Dienstleistungssektor. Die aktuellsten Daten der amtlichen Statistik decken wiederum das Jahr 2000 ab. Sie wurden mit einem ähnlichen Ansatz, wie er für die Industrie benutzt wurde, bis zum Jahr 2003 fortgeschrieben. Auch im Jahr 2003 waren die Arbeitskosten im Versicherungsgewerbe (67.130 Euro je Arbeitnehmer und Jahr) und im Kreditgewerbe (63.160 Euro) weiterhin erheblich höher als im deutschen Produzierenden Gewerbe (48.860 Euro). In den beiden Handelssparten lagen sie dagegen deutlich darunter (Tabelle 2). Die Arbeitskostendynamik war im Zeitraum 1996 bis 2003 im Versicherungs- und Kreditgewerbe zwar erheblich höher als im Handel. Hierbei ist jedoch die eingeschränkte Vergleichbarkeit der Erhebungen 1996 und 2000 zu bedenken. Der Handel ist mit seiner hohen Teilzeitquote anscheinend stärker von der Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten betroffen als die Finanzdienstleister. So war etwa die ausgewiesene Zusatzkostenquote im Einzelhandel im Jahr 2000 um 5 Prozentpunkte niedriger als 1996. Die Personalzusatzkosten je Beschäftigten (in Vollzeiteinheiten) lagen in beiden Handelssparten im Jahr 2000 niedriger als im Jahr 1996.

Im Jahr 2003 machten die Zusatzkosten im Dienstleistungssektor 79 Prozent des Entgelts für geleistete Arbeit aus. Damit war die Zusatzkostenquote etwa so hoch wie im Produzierenden Gewerbe. Allerdings streuen die einzelnen Branchenwerte stark um diesen Durchschnitt, nämlich von 103,8 Prozent im Kreditgewerbe, das ebenso wie das Versicherungsgewerbe (102,2 Prozent) höhere Zusatzkosten verzeichnet als das Direktentgelt, bis hin zu 65,4 Prozent im Einzelhandel (Tabelle 3).

Tabelle 3

Personalzusatzkosten im Dienstleistungssektor

- in Prozent des Direktentgelts -

	Großhandel		Einzelhandel		Kreditgewerbe		Versicherungsgewerbe	
	2000	2003	2000	2003	2000	2003	2000	2003
Vergütung arbeitsfreier Tage	21,1	20,9	20,2	20,0	22,8	22,6	24,5	24,3
Urlaub	12,8	12,8	12,3	12,3	13,5	13,5	14,5	14,5
Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	3,5	3,3	3,3	3,1	3,8	3,6	4,4	4,2
Bezahlte Feiertage ¹⁾	4,8	4,8	4,6	4,6	5,5	5,5	5,6	5,6
Sonderzahlungen	11,3	11,1	10,8	10,6	26,0	24,9	21,3	20,7
Vermögensbildung	0,8	0,9	0,7	0,8	1,6	1,6	1,6	1,6
Zusätzliches Urlaubsgeld	2,2	2,2	2,7	2,7	0,8	0,8	4,4	4,4
Jahressonderzahlungen, erfolgs- und leistungsabhängige Sonderzahl. usw.	8,3	8,0	7,4	7,1	23,6	22,5	15,3	14,7
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber²⁾	26,2	26,9	25,9	26,6	26,4	27,1	26,6	27,4
Betriebliche Altersversorgung³⁾	2,8	3,1	1,7	2,1	17,0	17,2	17,6	17,8
Sonstige Personalzusatzkosten	4,4	4,4	6,2	6,1	12,1	12,0	11,9	12,0
Personalzusatzkosten	65,8	66,4	64,8	65,4	104,3	103,8	101,9	102,2
nachrichtlich: Jahresverdienst ⁴⁾	132,4	132,0	131,0	130,6	148,8	147,5	145,8	145,0

Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten; einschließlich geringfügig Beschäftigter und Heimarbeiter; umgerechnet in Vollzeitstellen. Amtliche Daten für das Jahr 2000, für 2003 Schätzungen. 1) Aus methodischen Gründen wurde ab 2000 (letzte amtliche Erhebung) mit einer konstanten Zahl von Feiertagen gerechnet; einschließlich Vergütung sonstiger arbeitsfreier Zeit. 2) Einschließlich Unfallversicherung. 3) Einschließlich Aufstockungsbeträge zu Lohn und Gehalt sowie zur Rentenversicherung für Personen in Altersteilzeit; einschließlich Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen. 4) Summe aus Direktentgelt, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Ähnlich wie im Produzierenden Gewerbe stieg die Zusatzkostenquote wegen gestiegener Sozialbeiträge und leicht erhöhter Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung von 2002 auf 2003 im Großhandel um insge-

samt 0,3 Prozentpunkte und im Einzelhandel um 0,2 Prozentpunkte an. Bei den Finanzdienstleistern wirkte sich die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung wegen des höheren Verdienstniveaus stärker aus. Allein hierdurch wäre die Zusatzkostenquote um etwa 0,3 Prozentpunkte gestiegen. Als Gegengewicht gingen allerdings die Sonderzahlungen stärker zurück als im Produzierenden Gewerbe, im Kreditgewerbe sogar so stark, dass die Zusatzkostenquote insgesamt um 0,2 Prozentpunkte sank.

Ausblick 2004

Für das Jahr 2004 sind keine großen Änderungen bei der Zusatzkostenquote zu erwarten. Die Beitragssätze zur Sozialversicherung blieben im ersten Quartal 2004 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2003 unverändert. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung bestehen Hoffnungen auf ein Absinken des Beitragssatzes von zurzeit 14,3 Prozent auf etwa 14,0 Prozent zum Jahresende. Selbst wenn es hierzu käme, ginge dadurch die Zusatzkostenquote im Jahresdurchschnitt aber lediglich um 0,1 Prozentpunkte zurück. Für die anderen Zusatzkostenpositionen lässt sich derzeit keine gesicherte Prognose abgeben. Die Entwicklung etwa der Sonderzahlungen und der Entlassungsschädigungen wird von der weiteren konjunkturellen Entwicklung abhängen.

April 2004

Christoph Schröder

Literatur:

Infratest Sozialforschung, 2003, Situation und Entwicklung der betrieblichen Altersversorgung in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst 2001 – 2003: Endbericht, München.

Schröder, Christoph, 2003, Personalzusatzkosten in der deutschen Wirtschaft, in: iw-trends, 30. Jg., Heft 2, S. 37–46.

Statistisches Bundesamt, 2003a, Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2000 – Ergebnisse für Deutschland (Arbeitskostenerhebungen, 2000, Heft 1), in: Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2003b, Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2000 – Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost (Arbeitskostenerhebungen, 2000, Heft 2), in: Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Wiesbaden.

Non-Wage Labour Costs in Germany

In 2003, non-wage labour costs in the German industry amounted to 21,270 Euro per employee. The ratio of these costs to direct earnings was 77.1 per cent. In East Germany non-wage labour costs were 40 per cent lower than in West Germany, totalling 13,480 Euro. The ratio of non-wage labour costs to direct earnings (66.9 per cent) was still more than 11 percentage points lower than in West Germany owing to persisting differences in regard to bonus payments and occupational pension schemes. In the service sector, non-wage labour costs varied grossly by branch, from 13,710 Euro in retail trade to 33,930 Euro in the insurance sector.

iw-focus

DOI: 10.2373/1864-810X.04-02-06